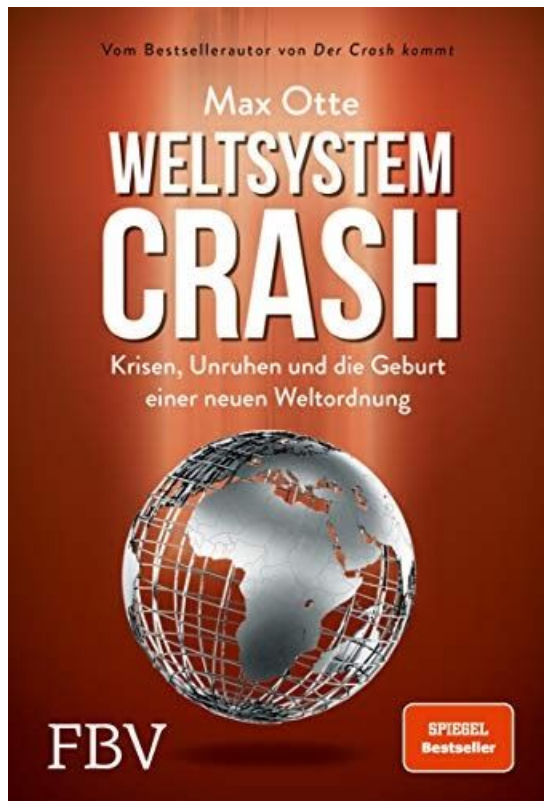


Weltsystemcrash

Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung
von Max Otte



[Buch \(Komplettfassung\)](#)

Worum geht's

Wir haben den Zusammenbruch der Weltwirtschaft nach der Finanzkrise 2008 nicht überwunden, sondern nur aufgeschoben. Der gigantische Schuldenstand unserer Staaten, das eskalierende Kräftemessen zwischen den Großmächten USA, China und Russland und die wachsende soziale Ungleichheit in der Welt spalten und polarisieren unsere Gesellschaften. Die Blinks zu Weltsystemcrash (2019) fügen alle diese Puzzlestücke zu einer alarmierenden Bestandsaufnahme zusammen. Denn der nächste Crash kommt in jedem Fall.

VISIT...

LANZAROTE
Caliente.COM

Wer diese Blinks lesen sollte

Alle, die wissen wollen, warum die Weltwirtschaft diesmal wirklich zusammenbricht
Menschen, die sich um die sozialen Spannungen im Westen Sorgen machen
Jeder, der sich so gut wie möglich auf den Systemcrash vorbereiten will

Wer das Buch geschrieben hat

Max Otte ist Wirtschaftswissenschaftler, Fondsmanager und Crash-Prophet. Er studierte BWL, VWL und Politikwissenschaften in Köln, promovierte in Princeton und wurde später Wirtschaftsprofessor in Worms. Als Sachbuchautor wurde er dafür bekannt, dass er die Finanzkrise von 2008 bereits in seinem 2006 veröffentlichten Buch *Der Crash kommt* vorausgesagt hatte. Seine Ansichten gelten mitunter als radikal und provokativ. 2006 gründete er eine Beratungsagentur für private Anlagestrategien.

Was drin ist für dich: Gewappnet sein für den Zusammenbruch der Weltwirtschaft.

Es knarrt im Gebälk des Weltgefüges, und die Risse werden tiefer: zwischen Reich und Arm, zwischen globaler Elite und schwindendem Mittelstand, zwischen kulturpolitischem Mainstream und Populismus. Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Finanzkrise von 2008 fühlt es sich an, als stünde uns der große Knall erst noch bevor.

Diese Blinks bestätigen, dass wir den Zusammenbruch der Weltwirtschaft nur verschleppt haben. Sie knüpfen den roten Faden zwischen der gigantischen globalen Schuldenlast, dem Abstieg der USA und dem Aufstieg Chinas, den großen Migrationsbewegungen der 2010er-Jahre und dem polarisierenden Populismus im Westen. Sie beleuchten die Konstruktionsfehler der EU und den Verfall der einst so erfolgreichen „Deutschland AG“.

Max Ottes persönliche Ansichten sind umstritten, aber fest steht, dass er die Krise 2008 vorausahnte. Diese Blinks erklären, wie du deine finanzielle Existenz sicherst, wenn die Weltwirtschaft wirklich zusammenbricht.

In den Blinks lernst du außerdem,

was die Hierarchie der Weltmächte mit Schimpansen zu tun hat,
wie China in nur zwei Jahren mehr Zement verbaute als die USA im gesamten 20. Jahrhundert und
wie du dir einen finanziellen Rettungsring für die Krise zulegst.

Die Spannungen in der Welt sind Vorboten einer aufgeschobenen Weltsystemkrise.

Wir sind krisenmüde. Darum möchten wir den Medien und Politikern gern glauben, wenn sie das Schlimmste für überwunden erklären: die Finanzkrise 2008, die Eurokrise ab 2010, die

Migrationskrise ab 2015. In Wirklichkeit aber steht uns das Größte noch bevor. Denn beim nächsten Mal bricht die gesamte Weltwirtschaft zusammen, da ist sich Max Otte sicher.

Springen wir zurück ins Jahr 1990. Das Ende des Kalten Krieges wurde zum historischen Wendepunkt stilisiert: zum Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft über den Kommunismus, verbunden mit der einmaligen Chance, die Armut in der Welt zu bekämpfen und eine freiheitlich-demokratische Friedensarchitektur nach westlichem Vorbild zu schaffen. Fortschrittsgläubige wie Francis Fukuyama sprachen gar vom „Ende der Geschichte“.

Heute wissen wir, dass es anders kam. Nach den militärischen Konflikten der 1990er und der Finanzkrise von 2008 stolpern wir heute schnurstracks in Richtung Weltsystemkrise. Die Symptome dafür sind auf drei Ebenen spürbar.

Die erste ist die geopolitische Gemengelage. Der Nordosten Afrikas und der Nahe Osten sind nach zwei Jahrzehnten militärischer Konflikte destabilisiert. Die Auseinandersetzungen in Syrien, aber auch die in der Ukraine haben erneut zu einer massiven Aufrüstung im Osten geführt.

Viele westliche Politiker, allen voran in den USA, werfen Russland so vehement Spionage und politische Beeinflussung vor, dass immer mehr Beobachter von einer Neuauflage des Kalten Krieges sprechen. Auf der anderen Seite fühlt sich Washington vom kometenhaften Aufstieg Chinas bedroht und steuert aggressiv auf einen Handelskrieg mit Peking zu.

Die zweite Ebene sind soziale Spannungen. Die Destabilisierung in Nordafrika und Nahost führt zu großen Migrationsbewegungen in Richtung Europa, die die dortigen Gesellschaften spalten. Die Emotionalisierung von Kulturdebatten und der Vormarsch populistischer Parteien zeigen, dass sich in Ländern wie Deutschland viele Menschen fürchten: vor der Geschwindigkeit der Globalisierung, vor neuen wirtschaftlichen Einbrüchen und dem eigenen sozialen Abstieg.

Womit wir bei der dritten Ebene wären, den wirtschaftlichen Symptomen. Die deutsche Wirtschaft verzeichnete im ersten Halbjahr 2019 so herbe Verluste wie zuletzt während der Krise 2008. Die gigantische steuerfinanzierte Banken- und Eurorettung hat bis heute nicht zum erhofften wirtschaftlichen Aufschwung geführt, sondern zu Spannungen zwischen den EU-Staaten, Austrittsbemühungen wie dem „Brexit“ und einer riesigen Verschuldung.

Kurzum: Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft 2008 wurde nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben. Statt nachhaltige Reformen anzustrengen, wurden Milliarden an Steuergeldern in kurzfristigen Rettungspaketen versenkt. Inzwischen nähert sich die globale Verschuldung einem historischen Rekordwert: Sie entspricht 320 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung.

Der aggressive Führungsanspruch der USA ist Vorbote einer globalen Wachablösung.

Stell dir vor, eine Gruppe von Schimpansen wird seit Jahren von einem Alphatier dominiert. Als ein jüngerer Heißsporn auf den Chefposten drängt, versucht das bedrohte Männchen, den Machtwechsel so lange wie möglich durch aggressive Gebärden hinauszuzögern. Das Beispiel aus der Tierwelt lässt sich erschreckend gut auf die politischen Gebärden der USA übertragen.

Die USA waren die Industrienation des 20. Jahrhunderts. Schon 1921 skizzierte der aus Industriellen und Bankiers bestehende Thinktank Council on Foreign Relations das Grundgerüst für den Aufstieg der USA zur Supermacht: wirtschaftliche und militärische Stärke, wissenschaftliche und kulturelle Strahlkraft und diplomatische Dominanz.

Die erfolgreiche Umsetzung begann ab 1945. Die USA hatten im Krieg so gut wie nichts an Produktions- und Kapitalkraft eingebüßt und positionierten sich als führende alliierte Siegermacht. Der britische Premier Churchill konnte nur noch zustimmen, als US-Präsident Roosevelt mit den Vereinten Nationen, dem Bretton-Woods-System mit Weltbank und IWF, dem GATT, dem Atomwaffensperrvertrag und der NATO die Grundsteine für eine westliche Friedensarchitektur nach seinen Vorstellungen legte. Die USA nutzten ihre Dominanz, um sich als weltweit stärkste Wirtschafts- und Militärmation zu etablieren und die Weltwirtschaft nach ihrem Bild zu formen.

Der Rest ist Geschichte – und entspricht exakt dem Modell der hegemonialen Zyklen des Politikwissenschaftlers Robert Gilpin: Ein Staat steigt durch wirtschaftlichen, technologischen oder militärischen Vorteil zur Hegemonialmacht auf. Die Welt, oder ein großer Teil von ihr, richtet sich in der Stabilität der entstehenden Machtstrukturen ein. Dies sorgt so lange für relative Ruhe, bis sich der Hegemon bedroht fühlt.

Statt nach 1990 eine nachhaltige Friedensordnung zu schaffen, erhoben die USA den alleinigen Führungsanspruch. Statt die russischen Sicherheitsinteressen anzuerkennen, trieb Washington unermüdlich die NATO-Osterweiterung voran. Unter Neokonservativen wie George Bush Senior erfolgte der endgültige Übergang zum sogenannten Liberalen Interventionismus. Dessen Credo lautet: „Wir, die USA, hüten den Weltfrieden nach unserer Vorstellung und greifen notfalls zur Waffengewalt, um ihn zu erzwingen.“

Besonders auffällig ist, dass die USA als aktuell einzige Imperialmacht nervös vor den imperialen Bestrebungen Russlands und Chinas warnen. 2019 unterhielten die USA über 800 Militärbasen in über 70 Staaten. Das sind über 90 Prozent aller ausländischen Stützpunkte auf dem Erdball.

Je entschlossener Russland und China auf die Weltbühne drängen, desto gereizter reagiert das schwächelnde amerikanische Alphatier. Eine Eskalation ist durchaus wahrscheinlich – sogar ein dritter Weltkrieg ist schlussendlich denkbar.

Chinas Aufstieg bringt die Welt ins Wanken.

Napoleon soll vor 200 Jahren gesagt haben: „Lasst China schlafen. Aber wenn es erwacht, wird die Welt wanken.“ Und jetzt scheint es tatsächlich so weit zu sein.

Im Jahr 2014 löste China die USA als größte Volkswirtschaft ab. Der amerikanische Anteil am globalen BIP fiel von 22 Prozent im Jahr 1980 auf 15 Prozent im Jahr 2019. Der chinesische Anteil stieg im selben Zeitraum von kaum mehr als 3 auf stolze 18 Prozent. Und China wächst unaufhaltsam weiter. 2019 war es auf allen Märkten größter Abnehmer und Produzent. Die Hälfte aller weltweit verkauften iPhones wurde im Ballungsraum um Zhenzhou hergestellt. China verbaute allein von 2011 bis 2013 so viel Zement wie die USA im gesamten 20. Jahrhundert.

Es zog in nur 15 Jahren so viele Gebäude hoch, wie in ganz Europa stehen – 2011 schoss in zwei Wochen ein 30-stöckiger Wolkenkratzer in den Himmel. Und während sich Deutschland über das Fiasko am Hauptstadtflughafen ärgert, stampft China bis 2035 ganze 215 neue Flughäfen aus dem Boden.

Während die USA unter Donald Trump Schutzzölle einführen und Handelsabkommen absägen, baut China an der „Neuen Seidenstraße“. Das gigantische Infrastrukturprojekt „One Belt One Road“ soll Europa, Asien und Afrika auf dem Land- und Seeweg verbinden. China will insgesamt 1,1 Billionen Dollar in den Ausbau der Infrastruktur zwischen Shanghai, Nairobi, Moskau und Duisburg stecken, um den Handel im dann größten Wirtschaftsraum der Welt zu fördern: Die verbundenen 60 Länder würden 60 Prozent der Weltbevölkerung und 35 Prozent der Weltwirtschaft umfassen.

Während die USA ihre Auslandshilfen in lateinamerikanischen Ländern wie Honduras oder Guatemala kürzen, steigert China seine Direktinvestitionen seit 2004 um jährlich über 20 Prozent. Seit 2005 hat China mit über 141 Milliarden Dollar mehr Kredite in Lateinamerika und der Karibik vergeben als die Weltbank und die KFW-Entwicklungsbank zusammen. Auch für Afrika ist China seit 2009 größter Handelspartner, auch dort investiert es massiv in Infrastrukturprojekte.

All das macht die USA nervös. Neben scharfer Rhetorik und hohen Einfuhrzöllen auf chinesische Güter beschränken sich die USA bislang darauf, internationale Institutionen wie den IWF zu bedrängen, damit er insolventen Schuldnern nicht bei der Tilgung chinesischer Kredite hilft. Inzwischen macht China den USA aber auch militärisch Konkurrenz.

2019 bestand das Rückgrat der militärischen US-Dominanz aus den elf Flugzeugträgern, die die Navy in allen Weltmeeren verteilt. China hat 2012 seinen ersten gebrauchten Flugzeugträger erworben, seither einen selbst gebaut und einen dritten entworfen. Bei dem Tempo wären sich die Flotten bis 2030 ebenbürtig.

Die Weltwirtschaftskrise von 2008 wurde nicht bewältigt, sondern nur vertagt.

Nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 stand der Kapitalismus vor dem Kollaps. Zehn Jahre später sieht es so aus, als hätten wir einen viel zu hohen Preis für eine Rettung gezahlt, die in Wirklichkeit keine war.

Unsere Regierungen wollten den Kollaps mit einer ausgelutschten Strategie bekämpfen: noch mehr Liquidität. So kam es in der Finanzkrise zum geld- und ordnungspolitischen Sündenfall. Da besonders die USA inzwischen hoch verschuldet waren, sollte die Fed neues Geld in die Märkte pumpen. Die US-Zentralbank senkte den Zinssatz für Geschäftskredite fünf Jahre lang auf historisch niedrige 0,25 Prozent.

Auch weltweit griffen die Noten- und Zentralbanken, die eigentlich nur über den Zinshebel den Geldwert stabilisieren sollen, auf diese Weise direkt in die Wirtschaftspolitik und die Märkte ein. Sie kauften rund um den Globus wacklige Wertpapiere und marode Staats- und Unternehmensanleihen, um die angezählte Weltwirtschaft mit Liquidität zu versorgen.

Was ausblieb, waren überfällige Reformen. Und statt endlich zu haften, erhielten die skrupellosen Finanzmarktakteure mit dem staatlich beauftragten Ankauf wertloser Finanzprodukte einen Freibrief für ihre schmutzigen Risikogeschäfte.

Damit wurde die Chance auf echte Finanzmarktreformen vertan. Weder wurde eine feste Eigenkapitalquote für Geschäftsbanken festgelegt, noch wurden eine Finanztransaktionssteuer oder eine Art TÜV zur wirklich unabhängigen Bewertung von Finanzprodukten eingeführt. Wichtig wäre auch die strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking gewesen, damit Banker künftig keine Privatvermögen mehr verzoeken.

Dazu kam die kolossale Weiterverschuldung. In den USA blähte sich die Bilanz der Fed zwischen 2008 und 2014 von 800 Milliarden auf 4,5 Billionen Dollar auf. Im Frühjahr 2019 beliefen sich die globalen Schulden auf 244 Billionen Dollar, also 318 Prozent des globalen BIP.

Ein besonders in den USA viel diskutierter Aufsatz der Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff aus dem Jahr 2010 kam zu dem Schluss, dass sich Staatsschulden bereits ab einem Wert von über 90 Prozent des BIP negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken und die Krisenanfälligkeit eines Staates erhöhen.

Optimisten wie die Anhänger der Modern Monetary Theory schlagen vor, Staaten mit eigener Währung sollten einfach immer weiter Geld drucken, um ihre Schulden zu bezahlen. Es besteht allerdings das realistische Risiko, dass sich die alternden Industriestaaten immer weiter verschulden.

Spätestens wenn die Zinslast eines Landes größer ist als das jährliche BIP, wäre jede Chance auf eine Rückzahlung der Schulden dahin. Damit wäre ein Staat endgültig zahlungsunfähig – und könnte andere Volkswirtschaften mit in die Krise stürzen.

Der Populismus ist eine Reaktion auf die eskalierende soziale Ungleichheit im Westen.

Der Aufstieg der AfD stellt die deutsche Gesellschaft seit Jahren vor eine Zerreißprobe. Die Mehrheitsgesellschaft verurteilt die Partei als antidemokratisch, aber amerikanische Statistiken zeigen, woher der Populismus kommt: Rechtspopulisten sind immer dann am erfolgreichsten, wenn die Vermögen besonders ungerecht verteilt sind.

Laut einer Oxfam-Studie von 2014 besaß das reichste Prozent der Weltbevölkerung mit 110 Billionen Dollar knapp 50 Prozent aller Vermögenswerte in der Welt. Der EZB und dem Institut der Deutschen Wirtschaft zufolge gehörten den reichsten zehn Prozent in Deutschland 2019 fast 60 Prozent des deutschen Gesamtvermögens. Und in den USA gingen seit 2008 mit 95 Prozent so gut wie alle Finanzgewinne an das reichste Prozent.

Dasselbe gilt für Gehälter. Bekam ein Manager in den USA oder Europa Ende der 1970er-Jahre etwa 30-mal so viel wie ein Arbeiter, so verdient er heute das 300-Fache. Das hat mit der Leistung der Führungskräfte nichts zu tun. Im Gegenteil: 2002 fiel der US-Aktienindex S&P 500 um 22,1 Prozent, aber das durchschnittliche CEO-Jahresgehalt stieg um 14 Prozent auf 13,2 Millionen Dollar.

Demgegenüber steht der schleichende Abstieg der Mittelschicht. In Deutschland sind die Reallöhne zwischen 2000 und 2010 um nur 1,4 Prozent gestiegen. Rechnet man die oberen 20 Prozent der deutschen Gesellschaft dabei hinaus, sind die Löhne der Normalverdiener trotz Wirtschaftswachstums sogar stetig gesunken.

2019 lag das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Deutschland bei 35.189 Euro brutto im Jahr. Das ist nicht viel, denn laut einer Studie des Deutschen Familienverbandes liegt das jährliche Existenzminimum bei 35.000 Euro. Dazu kommt der bevorstehende Kollaps des Rentensystems. Schon 2019 war die Rente bei gut 500.000 deutschen Senioren niedriger als der Sozialhilfebetrag. Aktuell kommen aber noch drei Erwerbstätige auf einen Rentner. Dieses Verhältnis wird sich bis 2050 halbieren!

Aus Sicht vieler Menschen hat sich die Globalisierung nur für die Superreichen und Super-Qualifizierten gelohnt. Die deutsche Mittelschicht ist oft sesshaft, verwurzelt, familien- und standortgebunden – sie profitiert nicht von der Entgrenzung des globalen Waren- und Kapitalverkehrs. Ihr fällt nur auf, wie sich der Staat durch die Bankenrettung verschuldet hat und wie er immer weniger Geld in öffentliche Güter wie Infrastruktur, Bildung und Kranken- und Altersversorgung steckt.

Diese Entwicklung spaltet die Gesellschaft umso stärker, je weiter sich die soziale Kluft öffnet. Das Problem ist nicht, dass es soziale Unterschiede gibt – unsere Zivilisation organisiert sich seit jeher in gesellschaftlichen Hierarchien. Kritisch wird es aber, wenn die Abstände unüberbrückbar werden.

Die EU befindet sich auf dem Weg in die zentralisierte Planwirtschaft.

1989 ließ sich Bundeskanzler Helmut Kohl vom französischen Präsidenten François Mitterrand zu einem folgenschweren Tauschgeschäft drängen: Die BRD mit ihrer extrem starken D-Mark sollte sich in eine europäische Währungsunion eingliedern, damit Frankreich seinen Segen für die deutsche Wiedervereinigung gab.

Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel versprachen den Erhalt der D-Mark: Die Währungsunion würde eine strenge Haushaltsdisziplin wahren und starke Staaten wie Deutschland nicht zur Haftung für andere Mitgliedstaaten verpflichten. Es kam aber anders.

Die Einführung des Euro als Buchgeld am 1. Januar 1999 führte zu einer Konvergenz der europaweiten Zinssätze. Südeuropäische Volkswirtschaften wie Griechenland und Spanien, für die die Zinssätze infolge der Angleichung plötzlich ungewöhnlich niedrig waren, liehen sich günstig Geld, mit dem sie einen Bauboom, spekulative Investments und die Inlandsnachfrage befeuerten.

Im Norden Europas dagegen bremsten die gestiegenen Kreditzinsen die Investitionen und die Inlandsnachfrage. In Deutschland wurden die Lohnempfänger ab 2002 zusätzlich durch die Hartz-IV-Reformen belastet. Die Konsumnachfrage sank, die deutsche Wirtschaft setzte noch stärker auf Exporte und machte sich anfälliger für internationale Rezessionen.

Auf die Finanzkrise folgte die Eurokrise. Im Mittelpunkt stand das fast zahlungsunfähige Griechenland, das seine wahre Staatsverschuldung hatte verschleiern müssen, um die Beitrittsanforderungen der EU überhaupt zu erfüllen. In der Folge brach die EU den Vertrag von Lissabon, indem sie vor allem mithilfe der reichen Mitgliedsländer gigantische „Rettungspakete“ auch für andere südeuropäische Länder schnürte.

Die Milliardenhilfen flossen aber nicht wie erhofft als Konjunkturprogramme in die Wirtschaft der Krisenstaaten, sondern direkt an die ursprünglichen Kreditgeber. Wirtschaftliche Impulse blieben aus.

2019 war das BIP in Staaten wie Spanien und Italien noch immer niedriger als vor der Eurokrise. Denn da die EU ihre Milliardenhilfen an rigide Sparmaßnahmen geknüpft hat, waren diese Länder gezwungen, ihre Staatsausgaben radikal zu drosseln. Wichtige Investitionen in Strukturreformen, die Infrastruktur und die Bildung blieben aus. Das führte unter anderem in Spanien zu einer nie da gewesenen Jugendarbeitslosigkeit.

Und was macht die EU? Sie will die Kompetenzen der Mitgliedstaaten noch stärker in Brüssel bündeln, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM in einen Europäischen Währungsfonds umwandeln und einen EU-Finanzminister ernennen. Reiche EU-Staaten würden so noch selbstverständlicher haften.

Statt die Eigenverantwortung aller Finanzmarktakteure durch echte Haftung zu fördern, belastet die EU sie mit aufwendigen Compliance-Anforderungen. Ottos eigene Privatinvestor Kapitalanlage GmbH zum Beispiel wickelt alle Finanztransaktionen über Fondspartner ab,

muss aber dennoch sämtliche Details an verschiedene Aufsichts- und Prüfstellen melden. So steuert die EU auf eine planwirtschaftliche Überwachungsbürokratie zu. Ehrliche Finanzakteure werden belastet, einen wirksamen Krisenschutz gibt es nicht.

Deutschland steigt langsam aber sicher aus der Riege der führenden Industrienationen ab.

2004 schrieb der Journalist Gabor Steingart, Deutschland werde in absehbarer Zeit aus der Riege der weltweit führenden Industrienationen absteigen. 2019 scheint es, als solle er recht behalten.

Deutschland hat an Boden verloren. Gemessen am nominalen BIP wurde die BRD schon 2007 von China überholt. Ein Großteil der deutschen Infrastruktur ist sanierungsbedürftig und die PISA-Studien belegen den Qualitätsverlust in der Bildung. 2013 veröffentlichte die EZB eine Studie, nach der die Deutschen mit einem durchschnittlichen Haushaltsvermögen von 51.400 Euro bereits damals den letzten Platz in der EU belegten. Das deutsche Rentenniveau lag der OECD zufolge 2017 mit 50,5 Prozent des Durchschnittseinkommens deutlich unter dem OECD-Wert von 62,9 Prozent und noch deutlicher unter dem EU-Durchschnitt von 70,6 Prozent.

Mit SAP und der Allianz rangierten 2019 nur noch zwei deutsche Konzerne unter den 100 weltweit wertvollsten Unternehmen. In Zukunftsindustrien wie der IT, Software- oder Chipentwicklung gibt es keine deutschen global erfolgreichen Player. Und selbst die deutsche Schlüsselindustrie, die Automobilbranche, ist nach dem Diesel-Skandal angezählt und ideenlos.

Dabei hatte die BRD nach dem massiven Aderlass des Zweiten Weltkriegs ein unglaubliches Comeback gefeiert. Das relativ kleine und ressourcenarme Land mauserte sich schon Ende der 1960er-Jahre zur drittgrößten Volkswirtschaft hinter den USA und Japan. Was also ist passiert?

Man könnte sagen: Mit dem angelsächsischen Turbokapitalismus wurde ein inkompatibles Wirtschaftsmodell unüberlegt auf ein gut funktionierendes System gestülpt.

Bis 1990 hatte das Modell der „Deutschland AG“ weltweit Vorbildcharakter. Sein Erfolg basierte auf einer engen Verzahnung zwischen einem starken Mittelstand, der Arbeitsplätze schuf und Innovationen wagte – und einem dezentralen Bankensystem aus Sparkassen und Raiffeisenbanken, das die Wirtschaft mit günstigen Krediten und die Kleinsparer mit guten Anlagemöglichkeiten versorgte.

Die Öffnung für den globalen Kapitalismus und die Verpflichtung zum Euro brachte das Erfolgsmodell ins Wanken. In der Kapitalwirtschaft wurde das Vertrauensverhältnis zwischen Geschäftsbanken und Mittelstand durch anonyme Rating-Standards ersetzt. Die freiwillige und staatlich gelenkte Kartell-Kultur aus Konkurrenz und Kooperation wurde spätestens ab

1998 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder durch den knallharten Verdrängungswettbewerb ersetzt.

Weder die deutschen Privatanleger noch die Banken waren reif für das globale Investmentgeschäft. Kein Wunder – der Aktienmarkt hatte im zuverlässigen Bankenwesen stets nur eine Nebenrolle gespielt. So verstrickte sich Deutschland tief in die Weltwirtschaftskrise, deren Nachwehen es bis heute als Hauptgläubiger der EU zu tragen hat.

Unterm Strich war Deutschland 2019 erneut zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen. Rechnet man die wachsende Exportabhängigkeit hinzu, wird klar: Deutschland war noch nie so schlecht für eine internationale Rezession gewappnet wie heute.

Du solltest dich mit einem Acht-Punkte-Plan auf den Weltsystemcrash vorbereiten.

Wie das Weltsystem zusammenbricht, ist ungewiss. Aber du kennst nun die Bruchlinien: Vielleicht eskaliert der chinesisch-amerikanische Handelskrieg, vielleicht brechen die Aktienkurse ein oder wir stürzen in eine globale Rezession. Fakt ist, dass du dich vorbereiten solltest. Am besten orientierst du dich an den folgenden acht Punkten.

Erstens solltest du dich mit den Vorkehrungen für den Katastrophenfall befassen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe empfiehlt, einen Grundstock an Trinkwasser und Lebensmittelkonserven zu horten. Bestücke deine Hausapotheke mit Medikamenten, halte die wichtigsten Dokumente griffbereit und packe einen Rucksack mit Notfallgepäck. Rüste dich für einen flächendeckenden Stromausfall und überlege, an welchen sicheren Ort auf dem Land du als Städter mit deiner Familie flüchten könntest.

Zweitens solltest du deine Geldanlage selbst in die Hand nehmen. Investiere zunächst in eine wirklich unabhängige Finanzberatung und überlege, für welche seriöse Vermögensanlage du dich entscheidest: Bargeld, Devisen oder sichere Anleihen; stabile Aktien oder Aktienfonds, vertrauenswürdige Mischfonds, Gold und andere Edelmetalle oder hochwertige Immobilien.

Leg dir drittens eine finanzielle Schwimmweste zu. Das heißt konkret, dass dich deine sichere Kapitalanlage nach dem Wegfall deines Einkommens mindestens drei Jahre lang durchbringen sollte. Wenn du eine Familie hast, baust du am besten ein „Rettungsboot“, das auch zehn Jahre über Wasser hält.

Verschaffe dir viertens einen Überblick über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Vermögensklassen: von Geldvermögen wie Bargeld, Devisen oder Rentenansprüchen über Realvermögen wie Aktien oder Immobilien bis zu Mischformen wie Gold oder Silber.

Suche dir fünftens sichere Länder und Banken, um einen Teil deines Vermögens steuerehrlich im nichteuropäischen Ausland zu bunkern. Achte bei Banken auf die Bewertungen verschiedener Rating-Agenturen und überlege, wie sicher das entsprechende

Land vor geopolitischen Risiken, einer hohen Staatsverschuldung und Rezession oder sozialen Unruhen ist.

Erstelle sechstens eine sorgfältige Vermögensbilanz, indem du deinen Vermögensgegenständen alle deine Verbindlichkeiten gegenüberstellst. Erarbeite siebtens ein Jahr im Voraus eine genaue Einnahmen- und Ausgabenplanung, als führtest du die Finanzplanung eines Unternehmens. Achtens solltest du dein Einkommen so breit und sicher wie möglich aufstellen, indem du verschiedene Einkommensquellen erschließt.

Am besten sicherst du dein Vermögen mit der folgenden Aufteilung für die Krise: Stecke ein Drittel in Immobilien, ein Drittel in Aktien oder Aktienfonds und ein Drittel in Gold, Bargeld, Anleihen oder Devisen.

Du allein kannst den Weltsystemcrash nicht verhindern. Du kannst aber verhindern, dass du dabei deine Existenz verlierst.

Zusammenfassung

Die Kernaussage dieser Blinks ist:

Wir haben den Zusammenbruch der Weltwirtschaft ab 2008 nicht überwunden, sondern nur aufgeschoben. Die globale Verschuldung ist so hoch, dass die nächste Rezession endgültig zum Crash des Turbokapitalismus führen muss. Parallel führt der Machtverlust der USA zu immer größeren geopolitischen Spannungen, sodass unter anderem der Handelskrieg mit China eskalieren könnte. Die Destabilisierung in Nordafrika und Nahost führt zu großen Migrationsbewegungen nach Europa, wo die Ressentiments gegen die Globalisierung und die EU weiter verstärkt werden. Um beim Weltsystemcrash nicht mit in den Abgrund gerissen zu werden, sollte man sich so früh wie möglich wappnen.

Was du konkret umsetzen kannst:

Lebe so analog wie möglich.

Der Westen kritisiert China für den Ausbau des Überwachungsstaates, aber de facto wird auch jeder unserer digitalen Schritte registriert, ausgelesen und verwertet. Finanzämter können inzwischen Konten durchsuchen, und zwischen Facebook, Google und deiner Payback-Karte wird jede deiner Konsumentenscheidungen nachvollzogen. Mach dich also nur so gläsern wie nötig: Spare und verwende Bargeld und sei im Netz so analog und abstinert wie möglich.

[Buch im Amazon Shop](#)